

# Vom Untergrund an den Verhandlungstisch?

## Friedensbemühungen auf den Philippinen



Kampf um Landreform: Guerilla der NPA.

Foto: Heinz Kotte

Die Friedensabkommen für Kambodscha und El Salvador sind Durchbrüche zur Lösung langjähriger Konflikte. Wenngleich die erfolgreiche Umsetzung der Abkommen noch aussteht und Skepsis angebracht ist, stellt sich die Frage, welche Aussichten Verhandlungslösungen in ähnlichen Fällen haben. Auf den Philippinen kämpft die New People's Army (NPA) seit 1969 als bewaffneter Arm der Kommunistischen Partei (CPP) und der von ihr dominierten Nationalen Demokratischen Front (NDF) gegen die Truppen des Militärs. Die NDF eint der Kampf für volle staatliche Souveränität (Beendigung US-amerikanischer Dominanz), echte Agrarreform und (Volks)Demokratie. Dies sind zugleich zentrale Forderungen in der von Rebellionen gekennzeichneten Geschichte des Landes. Ungerechte soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse waren damals wie heute die Konfliktursachen. Welche Möglichkeiten gibt es auf den Philippinen, den Konflikt durch Verhandlungen zu lösen? Welche Friedensbemühungen hat es bisher gegeben? Wie sind die Friedensaussichten im Hinblick auf die im Mai anstehenden Präsidentschaftswahlen?

### Basisorganisationen als „Dritte Kraft“

Im September 1991 hatte zuletzt ein kurzer, von der NDF einseitig erklärter Waffenstillstand Friedenshoffnungen geweckt. Die Front hatte ihre Ankündigung wahr gemacht und landesweit die Waffen ruhen lassen, als sich im Senat eine Mehrheit gegen den US-Militärbasenvertrag abzeichnete. Dies war der weitreichendste Schritt der NDF seit den gescheiterten Verhandlungen 1986/87. Die neue Regierung von Präsidentin Aquino und die NDF hatten sich damals während eines 60-tägigen Waffenstillstands nicht auf einen Verhandlungsrahmen einigen können.

Nach den gescheiterten Verhandlungen war Frieden lange Zeit kein Thema. Die Situation änderte sich erst, nachdem im Dezember 1989 der sechste und schwerwiegendste Putschversuch die tiefe Krise der Regierung verdeutlicht hatte. Prompt erklärte Aquino in ihrer Neujahrsansprache 1990 die neunziger Jahre zur „Dekade des Friedens“, unternahm ihrerseits aber nichts, um den Friedensprozeß zu fördern. Der Putsch aktivierte jedoch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Prominen-

te. Ausgehend von der Friedensfrage diskutierten sie Menschenrechtsverletzungen, ungleiche Besitzverhältnisse, US-Stützpunkte, Auslandsverschuldung und Militarisierung als Konfliktursachen. Unter Beteiligung zahlreicher Basisorganisationen formierten sich drei überschneidende Bündnisse: Der People's Caucus, die National Peace Conference und die Multi Sectoral Peace Advocates.

Diese Bündnisse verstehen sich als dritte Kraft. Sie wollen die Konfliktparteien an einen Tisch bringen und zwischen ihnen vermitteln. Die Bündnisse richten sich nicht nur an Regierung und NDF, sondern auch an Putschisten und moslemische Guerilleros. Die Bündnisse wollen den Friedensprozeß aber nicht den Konfliktparteien allein überlassen. Vielmehr soll er durch Druck von unten gefördert und durch umfassende gesellschaftliche Reformen eingeleitet werden. Als Konfliktursachen werden die gesellschaftlichen Mißstände thematisiert, für deren Beseitigung die NDF bewaffnet kämpft. Dies ist aber ein entscheidender Unterschied, der von der NDF eine Überprüfung ihrer Strategie fordert.

Nach dem schweren Erdbeben vom Juli 1990 erhielt der Friedensprozeß weitere Dynamik: Die NDF erklärte für die Katastrophengebiete und Manila einen einseitigen Waffenstillstand. 17 Senatoren forderten die Regierung zu Verhandlungen auf. Nach anfänglicher Ablehnung erklärte Aquino Mitte September 1990 ebenfalls einen Waffenstillstand für die Erdbebengebiete. Doch die NPA nahm den Kampf wieder auf. Jose Maria Sison, im holländischen Exil lebender CPP-Gründer und Chefideologe, hatte dazu aufgerufen, die NDF-Verhandlungsposition durch Offensiven zu stärken.

Beide Seiten blieben aber für Gespräche offen. Noch im selben Monat unterbreitete die NDF ein Verhandlungsangebot: Zuerst will sie über Menschenrechte und humanitäre Fragen verhandeln, danach über grundlegende politische Fragen. Im Unterschied zu 1986 sollen die Gespräche außerhalb des Landes stattfinden. Davon verspricht sich die NDF weniger Sicherheitsprobleme und eine internationale Statusaufwertung. Letzteres will die Regie-

zung verhindern, die auch Verhandlungen über US-Basen, Verschuldung und Landreform ablehnt. Die Regierung hat bisher nicht auf den NDF-Vorschlag geantwortet und auch keinen eigenen veröffentlicht.

## Abwesenheit von Krieg ist noch kein Frieden

Ende September 1990 kam es in Amsterdam zu ersten inoffiziellen Sondierungsgesprächen zwischen dem Aquino nahestehenden Abgeordneten Jose Yap und NDF-Vertretern. Die Gespräche blieben ergebnislos, doch die Friedensfrage dominierte die politische Diskussion des Landes. Dazu trugen vor allem zwei Konferenzen des People's Caucus und der National Peace Conference bei. Ein von den Friedensbündnissen unterstützter landesweiter Streik gegen Benzinpreiserhöhungen sollte die Regierung zu Zugeständnissen zwingen. Doch tödliche Ausschreitungen von NPA-Kommandos ließen den Streik scheitern. Der Friedenswille der NDF geriet in Zweifel. Die für die Ausschreitungen verantwortlichen NPA-Einheiten wurden später von der Untergrundführung gemäßregelt. Die Bündnisse verloren an Kraft. Vom People's Caucus blieb nur die organisatorische Hülle.

Eine Resolution des Europaparlaments vom Dezember 1990 verlieh der NDF durch ihre namentliche Nennung erstmals eine indirekte diplomatische Anerkennung. Die Resolution forderte ein „umfassendes Übereinkommen für einen gerechten und dauerhaften Frieden durch die Lösung der grundlegenden nationalen und sozialen Probleme“. Doch auf den Philippinen hatten die Friedensbemühungen nachgelassen. Der sich zuspitzende Golfkonflikt verdrängte das Thema. Die Regierung hatte Anfang 1991 ihren Tiefpunkt überwunden. Aquino verkündete, die NPA sei keine Bedrohung mehr. Die Präsidentin hatte damit die Position des Militärs übernommen, das vom nahen Sieg ausgeht und Verhandlungen ablehnt, solange die NPA nicht die Waffen ablegt. Nach Sicht der Militärs bieten Verhandlungen dem Untergrund eine Verschnaufpause, weshalb nur regional verhandelt werden soll.

Die NDF lehnt regionale Verhandlungen als Spaltungsversuch ab und hält sie für ungeeignet zur Lösung grundlegender Probleme. Das ist auch die Position zu sogenannten Friedenszonen. Das sind „pazifistische Sperrgebiete“, die die Konfliktparteien nicht mit Waffen betreten dürfen. Die Idee der Friedenszonen entstand nach den gescheiterten Verhandlungen 1986/87 und geht auf politisch gemäßigte Kräfte zurück. Die Einrichtung solcher Zonen richtet sich nach dem Druck der lokalen

Bevölkerung. Im Ideal sollen die Friedenszonen vernetzt werden, bis das ganze Land eine ist.

Da die Zonen die NPA fragmentieren und dem Militär ermöglichen, sich auf die Gebiete außerhalb zu konzentrieren, sieht die NDF sie als Mittel der Aufstandsbekämpfung. Maria Serena Diokno von den Multi Sectoral Peace Advocates kritisiert an den Friedenszonen, daß sie die Abwesenheit von Krieg mit Frieden gleichsetzen und die strukturellen Konfliktursachen vernachlässigen. Doch auch die NDF mache es sich nach Meinung Dioknos zu einfach. Die Front gerate in Widerspruch zur Bevölkerung, die unter dem Krieg leide und für die Friedenszonen zumindest eine Erleichterung bedeuten.

## Taktischer Umgang mit Friedensverhandlungen?

Die Friedensdiskussion verschärfte die Debatten innerhalb der NDF. Das CPP-Politbüro nannte im Dezember 1990 den „totalen Sieg als optimale Bedingung für dauerhaften und gerechten Frieden“. Ein Kader mit dem Pseudonym Omar Tupaz warf der Untergrundführung taktischen Umgang mit Friedensverhandlungen vor. Tupaz kritisierte die starre Festlegung des Untergrundes auf den bewaffneten Kampf und bemängelte, daß Verhandlungen keine strategische Rolle hätten. CPP-Gründer Sison wies Tupaz' Kritik zurück und betonte die Gültigkeit der Volkskriegs-Strategie als einzigen Weg zu gerechtem Frieden.

Trotz andauernder interner Debatten versuchte die NDF den Friedensprozeß 1991 voranzutreiben. Ende März kam es zu einem Treffen mit prominenten Initiatoren der Friedensbündnisse. Im April bat die NDF die Schweizer Regierung, den Weltkirchenrat und das Internationale Rote Kreuz um Unterstützung im Friedensprozeß. Die philippinische Regierung lehnt eine internationale Vermittlung jedoch ab. Nach Ausbruch des Vulkans Pinatubo im Juni erklärte die NDF erneut einen einseitigen Waffenstillstand für die Katastrophengebiete.

Weitere Vorgespräche zwischen Regierungs- und NDF-Vertretern Anfang September 1991 in Hongkong blieben ergebnislos. Mit dem bereits erwähnten einseitigen NDF-Waffenstillstand zur Entscheidung des Senats über den US-Basenvertrag erreichte der Friedensprozeß am 11. September seinen vorläufigen Höhepunkt. Der Waffenstillstand fand Lob und Anerkennung, auch wenn Regierung und Militär ihn als Propagandatrick bezeichneten und nicht darauf eingingen. Als Aquino die Senatsentscheidung durch Verfassungsbruch umgehen wollte, beendete die NDF den

Waffenstillstand bereits nach elf Tagen. Dies war voreilig. Denn nach starken Protesten ließ Aquino vom Waffenstillstand dann noch in Kraft gewesen, hätte die Regierung vielleicht zu Verhandlungen gezwungen werden können. So entstand der Eindruck, die Front habe den Waffenstillstand nur aus taktischem Kalkül erklärt und sei selbst nicht sehr an Verhandlungen interessiert.

## Frieden (noch) kein Wahlkampfthema

So erlahmten die Friedensbemühungen. Die im Mai anstehenden Wahlen prägen seitdem die Diskussion. Frieden ist bisher kein Wahlkampfthema, nicht mal ein propagandistisches. Von den favorisierten Kandidaten Ramos, Cojuangco und Mitra sind keine ernsthaften Friedensbemühungen zu erwarten. Ex-Verteidigungsminister Ramos war ein Hardliner der Regierung und vertritt die Linie vom Sieg des Militärs. Eduardo Cojuangco hat als Marcos Günstling vom Kriegsrecht profitiert und präsentiert sich als starker Mann. Ramon Mitra, der 1986/87 für die Regierung verhandelte, hat sich seitdem nicht mehr dafür interessiert. Gemeinsam ist allen drei, daß sie sich als Bremser von Reformen und Verteidiger des Status Quo erwiesen haben, was auch für die US-Basen gilt. Solange das Militär von dort unterstützt wird, ist zu beweifeln, ob es jemals zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist.

Die bisherigen Friedensbemühungen sind trotzdem positiv. Die Friedensbündnisse sind als dritte Kraft zu begrüßen. Sie passen den Konfliktparteien nicht in die schwarzweiß Bilder, sondern helfen mit, diese aufzubrechen, wie die Diskussion in der NDF zeigt. Die Bündnisse machen auch deutlich, daß sie die Konfliktursachen beseitigen wollen. Zur Zeit fehlt den Bündnissen aber die Kraft. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, Frieden zum Thema im Wahlkampf zu machen. Dies kann sich aber noch ändern.

**Sven Hansen**

*Der Verfasser ist Politologe und z.Z. als Koordinator des Projektes „Asienhaus“ tätig.*

